

wurde und in dem die SRL durch Jutta Kalepky vertreten wird. Im Rahmen weiterer Veranstaltungen soll es verstärkt um Strategien zur Sicherung kostengünstigen Wohnraums und Konzepte zum energetischen und altersgerechten Umbau gehen. Auch hier zeigt sich immer deutlicher, dass auf allen Ebenen erhebliche politische Veränderungen erforderlich sind, wenn dem Trend einer verstärkten Verdrängung von Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen wirksam begegnet werden soll. Wohnen muss wieder als öffentliche Aufgabe begriffen werden.

Wichtige Beiträge zur öffentlichen Diskussion leistete die Reihe „Stadtgespräche“ in der URANIA, die weitgehend von den SRL-Vertretern Dogan Yurdakul, Bärbel Winkler-Kühlken und Rainer Bohne in der Architektenkammer Berlin gestaltet wird. Am 19. Januar 2012 äußerte sich hier Senator Michael Müller ertstmals zu den Schwerpunkten seiner Stadtentwicklungspolitik, und am 14. März wurde die Umsetzung eines der wichtigsten politischen Ziele – „30.000 neue Wohnungen für Berlin“ – diskutiert.

Beim zweiten Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit in der Regionalgruppe, der IBA 2020, gab es leider keine vergleichbaren Fortschritte. Klar ist, dass es den derzeit kommunizierten Konzepten an inhaltlicher Schärfe fehlt. Die politische Vorgabe einer Konzentration auf das Thema „Wohnen“ bei der IBA hat sicherlich Potenzial, die Ausformulierung zu einem schlüssigen Ansatz mit einer über Berlin hinausreichenden Bedeutung steht aber noch aus.

Fortgesetzt wurden die regelmäßigen Planungsstammtische der Regionalgruppe, von denen jeder zweite unter Federführung der Berliner Frauengruppe organisiert wird. So berichtete Gregor Langenbrinck (Urbanizers Büro für städtische Konzepte) noch im Dezember 2011 über Ansätze zur Kommunikation des Berliner StEP Klima, und Heike Liebmann (IRS) zog im Februar 2012 eine Bilanz zu Ergebnissen und Perspektiven von „10 Jahren Stadtumbau Ost“. Stephanie Stern thematisierte im März Erfahrungen mit der Weiterbildung durch qualifizierende Zusatzstudien. Im Mai führte Ute Block (Stadtplanungsamt Mitte) die Regionalgruppe in das Stadtumbau-West-Gebiet vom Fritz-

Schloss-Park bis zur Lehrter Straße, im Juni stellte Bernd Herzog-Schlagk (Fuss e.V.) das Konzept „Flaniermeile Berlin – Unter den Linden“ vor. Im Juli berichteten Bea Mohren und Siegfried Dittrich von der Exkursion des Forums Mensch und Verkehr nach Kopenhagen und Malmö. Die Regionalgruppe selbst realisierte 2012 zwei Exkursionen – im Mai in die Ukraine und im Juni nach Brüssel. Ein Bericht zur Exkursion nach Brüssel kann in der PLANERIN 4/2012 nachgelesen werden.

Die vorerst letzte Veranstaltung war die Fachtagung „Demokratie macht Stadt jung“ zur Mitbestimmung junger Menschen in der Stadtentwicklung, die zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin und weiteren Partnern am 6. September 2012 in Berlin veranstaltet wurde. 150 Teilnehmende diskutierten Wege und Strategien, um die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Berliner Stadtplanung stärker und systematischer zu berücksichtigen. In einzelnen Fachvorträgen wurde der Rahmen von Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadtentwicklung nachgezeichnet und das strategische Berliner Instrument „Beteiligung Außenraumplanung“ skizziert – ein inzwischen bewährtes Verfahren, das aus einer gemeinsamen Kooperationserklärung der Bezirksverwaltungen für Stadtentwicklung und Jugend sowie einem Strukturplan für Beteiligungsverfahren besteht. Die Anregungen und guten Beispiele aus der Veranstaltung gilt es jetzt auch im alltäglichen Handeln in den Bezirken und der Senatsverwaltung weiterzuerfolgen – für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt, die auch eine lebenswertere Stadt für alle Generationen ist. Hier wird sich die Regionalgruppe weiterhin einbringen.

Jan Abt, Martin Reents, Silke Schlichting, Lutz Wüllner

RG BERLIN / BRANDENBURG

2012 war für die Regionalgruppe wie schon das Vorjahr von der Auseinandersetzung mit der Stadtentwicklungspolitik in Berlin gekennzeichnet. Dazu fand am 6. Juni 2012 ein Strategiegespräch zur Wohnungspolitik statt, in dem die Regionalgruppe mit dem zuständigen Staatssekretär Ephraim Gothe und dem Projektentwickler Thomas Bestgen über Möglichkeiten zur Neuaufstellung der städtischen Bodenpolitik diskutierte. Rund 30 Teilnehmende trugen zu einem angeregten Disput bei, bei dem insbesondere die Frage nach wirksamen Instrumenten im Vordergrund stand.

Die Schlussfolgerungen aus der Diskussion wurden u. a. in den Begleitkreis zum Stadtentwicklungsplan (StEP) Wohnen eingebracht, der 2012 einberufen